



Stadt Kamen

Niederschrift

UKA

über die
1. Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses
am Donnerstag, dem 26.03.2015
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:55 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Frank Ambrosch
Herr Thomas Blaschke
Herr Daniel Heidler
Herr Klaus Kasperidus
Herr Michael Krause
Herr Gökçen Kuru
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Volker Sekunde
Herr Theodor Wältermann

CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Ingolf Pätzold
Frau Ina Scharrenbach
Herr Hans-Heinrich Wortmann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Herr Timon Lütschen

DIE LINKE / GAL

Herr Andreas Meier

Sachverständige gem. Beschluss des Umwelt- u. Klimaschutzsausschusses

Herr Heinrich Hellekemper
Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Friedhelm Retzlaff

FW/FDP

Herr Helmut Stalz

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Herr Karsten Harrach
Frau Monika Holtmann
Frau Ulrike Klein
Herr Dr. Uwe Liedtke

Gäste

Herr Mihajlovic, B.A.U.M. Consult GmbH, Hamm

Entschuldigt fehlten

Herr Heinrich Behrens
Frau Kerstin Heidler
Herr Adrian Mork
Frau Ursula Müller
Herr Martin Wiggermann

Auf die in der Niederschrift hingewiesenen Präsentationen aus der Sitzung am 26.03.2015 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Blaschke** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses, begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder, Zuhörer/innen sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Blaschke verpflichtete Herrn Frank Ambrosch.

Änderungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Klimaschutzkonzept für die Stadt Kamen Zwischenbericht zum Bearbeitungsstand durch das beauftragte Büro B.A.U.M.	
3	Reduzierung/Verzicht von Einweg-Plastiktüten und Plastikumverpackungen hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
4	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Klimaschutzkonzept für die Stadt Kamen
Zwischenbericht zum Bearbeitungsstand durch das beauftragte Büro
B.A.U.M.

Herr **Liedtke** erläuterte, dass in den letzten Monaten inhaltlich intensiv am Klimaschutzkonzept gearbeitet worden sei und bat Herrn Mihajlovic vom beauftragten Büro B.A.U.M., seinen Zwischenbericht zum Bearbeitungsstand vorzutragen.

Herr **Mihajlovic** stellte in seinem Zwischenbericht zum Klimaschutzkonzept für die Stadt Kamen die Themen „Konsortium und Vorgehensweise“, „SWOT-Analyse/Interessenanalyse“, „Energie- und CO₂-Bilanz“ und „Weiteres Vorgehen“ vor. Die Einzelheiten können in der Präsentation, die im Ratsinformationssystem hinterlegt ist, eingesehen werden.

Herr **Lipinski** wies darauf hin, dass die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes langfristig zu Geldeinsparungen für die Gesellschaften führen würde, da sich z.B. die Kosten für den Küstenschutz reduzieren würden. Dieser Aspekt müsste auch in die Betrachtungen aufgenommen werden.

Herr **Mihajlovic** stimmte Herrn Lipinski zu, gab jedoch zu bedenken, dass diese Einsparungen schwer zu beziffern seien.

Herr **Stalz** ergänzte, dass es sich bei dem Thema Klimaschutz um ein globales Problem handeln würde, das weltweit angenommen werden müsste. Um Kraftwärmekopplungspotentiale nutzen zu können, sollten bereits bei der Bauleitplanung und Quartiersentwicklung die Voraussetzungen geschaffen werden.

Herr **Mihajlovic** erwiderte, dass man eine grundsätzliche Anschlusspflicht politisch diskutieren müsste.

Auf Nachfrage von Herrn **Sekunde** erläuterte Herr **Mihajlovic**, dass zu den Workshops eingeladen werden würde, die Veranstaltungen aber für alle Interessierten öffentlich seien.

Herr **Blaschke** bedankte sich bei Herrn Mihajlovic für den Vortrag.

Herr **Lipinski** dankte Herrn Mihajlovic im Namen der SPD-Fraktion für den Zwischenbericht. Sicherlich sei der Klimaschutz, wie von Herrn Stalz dargestellt, ein globales Problem. Allerdings habe jede Gemeinde die Verpflichtung und nur auf ihrem Stadtgebiet die Möglichkeit, Maßnahmen des Klimaschutzes umsetzen, auch wenn in fernöstlichen Ländern die Problematik keine Beachtung finden würde. Derzeit sei das Büro B.A.U.M. damit befasst, den Ist-Zustand zu erfassen und würde danach die Perspektiven für die nächsten 20 Jahre aufzeigen. Somit würde man am Anfang aller

Überlegung stehen. Die einzelnen Maßnahmen, die vorgeschlagen würden, müssten sicherlich umfassend politisch diskutiert werden. Die Ergebnisse aus den einzelnen Workshops müssten ebenfalls abgewartet werden. Trotz des geringen Anteils der Stadt Kamen von 2% an der CO₂-Bilanz, würde eine Vorbildfunktion bei der Umsetzung der Maßnahmen bestehen.

Herr **Diederichs-Späh** bedankte sich für die CDU-Fraktion für den Vortrag und den gut organisierten Workshop. Er wies auf den IPCC-Bericht (Intergovernmental Panel on Climate Change) hin, aus dem ersichtlich sei, dass jede E-Mail einen CO₂-Ausstoß von 2 kg hervorrufen würde, so dass jeder sein diesbezügliches Verhalten überprüfen sollte. Herr Diederichs-Späh stimmte Herrn Lipinski im Hinblick auf die Vorbildfunktion der Stadt Kamen zu.

Herr **Liedtke** erläuterte auf Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh**, dass der Kreis Unna kein Klimaschutzkonzept, sondern eine Nachhaltigkeitsstrategie für unterschiedliche Handlungsbereiche erarbeiten würde.

Frau **Scharrenbach** stellte dar, dass die Initialzündung für die Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes aus den Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gekommen sei. Daraus könnte man erkennen, dass der kommunale Klimaschutz als wichtiges Thema angesehen werden würde. Sie habe allerdings im Vergleich zu dem damals eingebrachten gemeinsamen Antrag dem Vortrag von Herrn Mihajlovic nicht viel Neues entnehmen können. Sie regte an, Niederschriften aus den Workshops an alle Fraktionsmitglieder zu senden, da letztlich im Rat über das Klimaschutzkonzept und die daraus resultierenden Maßnahmen entschieden werde würde. Der damalige Antrag würde sich nicht nur auf die CO₂-Problematik beziehen, sondern würde hierüber hinausgehen.

Herr **Stalz** erklärte für die FW/FDP-Fraktion, dass die Stadt Kamen sicherlich Klimaschutz betreiben müsste, allerdings könnte das Fehlverhalten in einigen Bereichen dieser Welt nicht kompensiert werden.

Herr **Krause** begrüßte die Anregung von Frau Scharrenbach, die Protokolle der Workshops an die Mitglieder des Umwelt- und Klimaschutzausschusses zu senden.

Herr **Liedtke** sagte eine derartige Vorgehensweise zu.

Hinweis der Verwaltung: Die Protokolle des Workshops sind im Ratsinformationssystem (nicht-öffentlicher Teil) zu dieser Sitzung hinterlegt. Sofern eine Druckausgabe gewünscht wird, kann diese angefordert werden.

Zu TOP 3.

Reduzierung/Verzicht von Einweg-Plastiktüten und Plastikverpackungen
hier: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau **Dörlemann** stellte den Inhalt des Antrages vor. Sie regte eine freiwillige Verpflichtung der Händler an, auf Einweg-Plastiktüten und Plastikverpackungen zu verzichten, da es keine rechtliche Grundlage für ein Verbot geben würde. Die Stadt Kamen hätte sicherlich auch hier eine Vorbildfunktion, die zu einem Umdenken der Verbraucher führen könnte. Sie bat um Unterstützung des Antrages ihrer Fraktion.

Herr **Blaschke** stimmte Frau Dörlemann zu, dass es sicherlich sinnvoll sei, auf den Gebrauch von Plastiktüten zu verzichten.

Herr **Krause** erläuterte, dass es grundsätzlich zu begrüßen sei, auf Plastikverpackungen zu verzichten. Hierbei würde es sich um ein weltweites Problem handeln. Die Akzeptanz der Plastiktüten in der Bevölkerung sei sehr groß und sie würden immer noch gegenüber den Jutetaschen bevorzugt werden. Er würde zu diesem Thema allerdings nicht die Verwaltung in der Pflicht sehen, sondern die Politik. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollte im Rahmen einer politischen Veranstaltung mit der Kaufmannschaft das Problem thematisieren. Nach Bekanntwerden des Antrages hätten sich einige Marktbesucher in der Presse bereits positiv zu diesem Thema geäußert. Das Problem seien weniger die Händler, sondern die Endverbraucher, deren Einstellung sich ändern müsste. Auch aus personellen Gründen könnte die Verwaltung eine derartige Veranstaltung nicht organisieren. Die SPD-Fraktion würde den Antrag nicht unterstützen.

Frau **Dörlemann** ergänzte, dass es bereits einen runden Tisch mit der Kamener Interessengemeinschaft der Gewerbetreibenden (KIG e.V.) und der Stadtverwaltung geben würde, wo ein solches Thema besprochen werden könnte. Eine zusätzliche Veranstaltung wäre somit nicht erforderlich. Das Kaufverhalten der Verbraucher könnte man nicht per Gesetz ändern, sondern man müsste durch Gespräche um Verständnis werben.

Herr **Kühnapfel** stellte dar, dass sicherlich alle Maßnahmen sinnvoll seien, um Plastikmüll zu vermeiden, da dieser mittlerweile auch in Fischen und Nahrungsmitteln zu finden sei. Daher sei die Intention dieses Antrages sicherlich gut. Er würde allerdings bezweifeln, dass der Einsatz eines runden Tisches etwas bewirken könnte. Der Bürger würde bestimmte Anforderungen an die Verpackung stellen und würde sein Kaufverhalten, trotz der Aufklärung, nicht ändern. Er würde weiterhin auf Aufklärung setzen, insbesondere in Schulen. Diesem gesellschaftlichen Problem könnte man nicht mit einem runden Tisch begegnen. Neben dem Konsum sei ein weiteres großes Problem die Vermüllung in der Landschaft, der man nur mit mehr Aufklärung und stärkeren Strafen begegnen könnte. Die Lösung der Problematik sei nicht auf kommunaler Ebene möglich.

Herr **Liedtke** stimmte zu, dass es unzweifelhaft sinnvoll sei, den umweltschädlichen Verbrauch von Plastikverpackungen zu reduzieren oder sogar zu vermeiden. Allerdings würde der Verwaltung die Einrichtung eines runden Tisches unangemessen erscheinen. Es könnte nicht Aufgabe der Verwaltung sein, auf Filialisten einzuwirken, keine Plastiktüten mehr auszugeben. Die Firma DM hätte sich aufgrund einer EU-Richtlinie verpflichtet, an den Kassen keine Plastiktüten mehr auszulegen. Die inhabergeführten Geschäfte hätten sich in der Presse bereits ebenfalls positiv zu dem Thema geäußert, allerdings würde der Handel auf Kundennachfrage und –wünsche reagieren. Das Konsumverhalten der Käufer müsste sich ändern. Eine gesetzgeberische Initiative würde erforderlich sein. In diesem Zusammenhang würde es eine EU-Richtlinie zur Verwendung von Plastiktüten aus dem Jahre 2015 geben. Dort würde von einer Preisfestsetzung und von der Festlegung von Zielen zur Reduzierung der Inanspruchnahme von Plastiktüten die Rede sein. Diese EU-Richtlinie sei von der Partei BÜNDNIS90/Die Grünen im EU-Parlament als Durchbruch bezeichnet worden. Die Reduzierung von Plastikmüll sei erstrebenswert, der Weg über die Einrichtung eines runden Tisches aber nicht sinnvoll, so Herr Liedtke.

Herr **Stalz** äußerte für die FW/FDP-Fraktion, dass keine Zustimmung zu dem Antrag erfolgen würde. Es würde sich um ein bundesweites Problem handeln, wo die Bundesgesetzgebung gefragt sei. Außerdem sei der Gebrauch der Plastiktüten nicht das Problem, sondern der spätere Umgang und die Entsorgung des Plastikmülls.

Herr **Heidler** stimmte den Ausführungen von Herrn Kühnapfel zu. Das Problem in Schulen weiterhin zu thematisieren, sei sicherlich sinnvoll.

Herr **Krause** ergänzte, dass auch die Verbraucherzentrale in Kamen die Schulen besuchen und dort Aufklärung betreiben würde.

Herr **Blaschke** ergänzte, dass die Kinder im Kindergarten überzeugt werden müssten und sie dann gegenüber den Eltern ein entsprechendes Verhalten einfordern würden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in einem Runden Tisch mit dem Einzelhandelsverband, den Interessengemeinschaften wie z.B. KIG e.V., den Händlern auf Wochen- und anderen Märkten, der Verbraucherzentrale u.a. die Möglichkeiten eines freiwilligen vollkommenen Verzichts auf Einweg-Plastiktüten und weitgehendem Verzicht auf Plastikverpackung zu erörtern. Eine ideelle Belohnung von Händlern, die den Verbrauch von Plastik reduzieren oder ganz darauf verzichten, ist zu prüfen. Das könnte beispielsweise die Verleihung eines Prädikates/Gütesiegels sein.

Im Zusammenhang mit der Reduzierung des Verbrauchs von Plastikverpackungen durch die Händler sollen Verbraucherinnen und Verbraucher gezieht über die Gefahren des Plastikmülls und Möglichkeiten zur Vermeidung sowie über geeignete, umweltgerechtere Alternativen (Mehrwegtaschen und -behälter) informiert werden.

Die Ratsfraktionen sind einzubeziehen. Über die Ergebnisse ist im Umwelt- und Klimaausschuss und im Wirtschaftsausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis: bei 15 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

4.1 Mitteilungen

4.1.1 Anfrage der FW/FDP-Fraktion vom 03.03.2015 zur Folgewirkung der Baumschutzsatzung

Herr **Harrach** nahm zu den Fragen der FW/FDP-Fraktion Stellung. Die Übersicht zur Auswertung der Baumschutzsatzung in dem Zeitraum von 2010 bis 2014 ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Zu Frage 1:

Für die Überwachung und Durchführung der Baumschutzsatzung würden pro Jahr 33.000 Euro Personal- und Sachkosten entstehen.

Zu Fragen 2-4:

Herr Harrach beantwortete die Fragen anhand der oben beschriebenen Übersicht.

Zu Frage 5:

Herr Harrach verwies auf § 1 der Baumschutzsatzung der Stadt Kamen. Sie würde der Sicherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, der Gestaltung, Gliederung und Pflege des Orts- und Landschaftsbildes, der Sicherung der Naherholung, der Abwehr schädlicher Einwirkungen auf den Menschen und auf Stadtbiotope, der Erhaltung oder Verbesserung des Stadtklimas und der Erhaltung eines artenreichen Baumbestandes gegen schädliche Einwirkungen dienen.

Baumschutz sei Klimaschutz, so Herr Harrach. Die Stadt Kamen sei im Kreisgebiet im Hinblick auf den Waldbestand an zweitletzter Stelle.

Herr **Krause** bedankte sich bei Herrn Harrach für den übersichtlichen und umfassenden Bericht. Die Baumschutzsatzung würde aus dem Jahr 1978 stammen und so würde sich die Frage stellen, ob eine Modifizierung z.B. im Hinblick auf den Stammdurchmesser oder die Entnahme bestimmter Baumarten aus dem Schutz der Satzung ggf. angezeigt sei. Er bat daher um Prüfung durch die Verwaltung, ob die Baumschutzsatzung an zeitgemäße und bürgerfreundliche Bedingungen angepasst werden müsste. Die ökologischen Gesichtspunkte dürften hierbei jedoch nicht außer Acht gelassen werden. Die SPD-Fraktion würde nicht auf eine Baumschutzsatzung verzichten wollen.

Herr **Kühnapfel** gab im Namen des Naturschutzbundes ein Plädoyer für die Baumschutzsatzung ab. Die seinerzeit erlassene Baumschutzsatzung hätte sich über Jahrzehnte bewährt. Viele Bäume seien durch diese Satzung geschützt und erhalten worden. Zur Schutzwürdigkeit der Bäume erläuterte er, dass Bäume einen Lebensraum für Tiere und Pflanzen darstellen würden, einen hohen Wert für die Lufthygiene hätten, das Klima begünstigen würden und einen Eigenwert als Lebewesen hätten. In diesem Zusammenhang hätte das Allgemeinwohl Vorrang vor den Privatinteressen.

Herr **Stalz** stellte klar, dass lediglich inhaltliche Fragen zur Baumschutzsatzung gestellt worden seien und kein Antrag zur Abschaffung der Satzung vorgelegt worden sei. Nach den Ausführungen von Herrn Harrach sei klar geworden, dass es sinnvoll sei, eine Baumschutzsatzung zu haben. Trotzdem müsste man darüber nachdenken, ob die Satzung in der jetzigen Ausgestaltung noch zeitgemäß sei. Viele Kamener Bürger seien umweltbewusst und hätten ein eigenes Interesse am Erhalt der Bäume. Die gelieferten Informationen würden nun dazu dienen, innerhalb der Fraktion über das Thema zu beraten und ggf. einen konkreten Antrag zu stellen.

Herr **Harrach** ergänzte noch, dass die Stadt Kamen über das Vehikel der Baumschutzsatzung eben auch einen Beratungsservice für die Baumeigentümer anbieten würde. Hierbei würden die Bäume begutachtet und der Zustand bewertet werden, insbesondere nach Sturmereignissen.

Es würde der Service für den Bürger im Vordergrund stehen und weniger die Reglementierung.

Herr **Liedtke** machte deutlich, dass ein umfangreiches Dienstleistungsangebot geboten werden würde. Es würden nicht nur Anträge zur Baumfällung bearbeitet werden, sondern oftmals würden auch Fragen zur Pflege und Erhaltung der Bäume geklärt. Dieses Beratungsangebot sei in der Statistik nicht erfasst worden, da es nicht regelmäßig zu einem Antrag oder einer Entscheidung geführt hätte. Es würde nicht im Interesse der Verwaltung liegen, die Baumschutzsatzung abzuschaffen. Es würde jedoch im Herbst 2015 ein Vorschlag der Verwaltung vorgestellt werden, inwieweit die Baumschutzsatzung zeitgemäß modifiziert werden könnte.

Herr **Kühnapfel** erläuterte im Hinblick auf die Äußerungen von Herrn Stalz, dass der Naturschutzbund die Erfahrung gemacht hätte, dass die Akzeptanz der Bevölkerung zum Naturschutz stetig abnehmen würde. Viele Leute würden den Kontakt zu Umwelt und Natur verlieren. Die Lobby für Naturschutz sei nach wie vor sehr gering.

Herr **Krause** erklärte, dass die SPD-Fraktion an einer Baumschutzsatzung festhalten würde. Eine Modifizierung sei sicherlich angezeigt.

Herr **Retzlaff** stellte dar, dass die Grundstückseigentümer informiert werden müssten, welche Bäume sinnvoll angepflanzt werden sollten. Er selber habe die Bäume in seinem Garten entfernt, bevor sie aufgrund ihres Umfangs unter die Baumschutzsatzung gefallen wären. Durch eine Baumschutzsatzung würde man keine Klimaverbesserung erreichen.

Herr **Liedtke** ergänzte, dass die Stadt Kamen durch die Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in den letzten Jahren nicht mehr die waldärmste Gemeinde im Kreis Unna sei.

4.1.2 Bakterienbefall bei Kastanien

Herr **Harrach** erläuterte anhand von Fotos, die auch im Ratsinformationssystem hinterlegt sind, dass die rot- und weißblühenden Kastanien, wie z.B. am Kreisel Nordenmauer/Nordstraße, von dem Bakterium „Pseudomonas syringae“ befallen seien. Das Bakterium würde sich an schon geschwächten Bäumen ausbreiten. In einem ersten Stadium würden sich Blutungen am Baumstamm entwickeln und später würde es zu Rindenabschälung und Totholzbildung kommen. Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit müssten 3 Kastanien am Kreisel Nordenmauer/Nordstraße in den Osterferien gefällt werden. Ein direkter Ersatz der Bäume sei nicht geplant. Eine Neubepflanzung würde sich ggf. im Rahmen der Gesamtkonzeption des Bereiches „Kamen Quadrat“ ergeben.

4.1.3 Lärmaktionsplan

Herr **Harrach** teilte mit, dass aufgrund einer Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes ab 01.01.2015 das Eisenbahnbundesamt für die Lärmaktionsplanung an Hauptschienenwegen des Bundes zuständig sei. Dieser Sachverhalt würde insofern seinen Niederschlag im städtischen Lärmaktionsplan der 2. Stufe finden. Mit der Offenlage des Lärmaktionsplanes für Kamen könnte im April gerechnet werden. Eine Beschlussfassung im Rat könnte im Herbst 2015 möglich sein.

4.2 Anfragen

4.2.1 Baumfällung entlang Töddinghauser Straße

Herr **Stalz** fragte an, wann die im Herbst 2014 angekündigten Baumfällaktionen an der Töddinghauser Straße im Zuge der Arbeiten an der Gasversorgungsleitung der Firma ThyssenGas stattfinden würden. Mittlerweile hätte die Bepflanzung einen heckenartigen Charakter erhalten und eine Fällung sollte erst im Herbst/Winter 2015 erfolgen.

Auch er hätte in den Wintermonaten auf die Fällung gewartet, so Herr **Harrach**. Der Firma ThyssenGas seien aber die rechtlichen Vorgaben bekannt, so dass nicht mit einer Fällung vor Herbst 2015 zu rechnen sein werde.

4.2.2 Baumfällung am Feuerlöschteich in Kamen-Methler

Herr **Kühnapfel** teilte mit, dass im Uferbereich des Feuerlöschteiches in Kamen-Methler Birken gefällt worden seien, die ins Wasser gestürzt seien. Er bat darum, diesen nicht fachgerechten Zustand zu beheben und die sich im Gewässer befindlichen Birken zu entfernen.

4.2.3 Gewässer am Galgenberg

Herr **Kühnapfel** stellte dar, dass das Gewässer am Galgenberg stark verlandet und verkrautet sei und dieser Zustand im Rahmen des Amphibienschutzes beseitigt werden müsste.

Herr **Liedtke** sagte eine Prüfung zu.

Hinweis der Verwaltung: Die Entschlammung des Teiches ist mit dem Kreis Unna, Untere Landschaftsbehörde, im Abstimmungsverfahren.

4.2.4 Feinstaubwerte

Herr **Diederichs-Späh** teilte mit, dass die Presse landesweit aufgrund der Wetterlage über hohe Feinstaubbelastungen berichtet hätte. Er erkundigte sich nach den Werten für Kamen.

Herr **Liedtke** teilte mit, dass hierüber keine Ergebnisse vorliegen würden.

4.2.5 Feinstaubbindung durch Moosbildung

Herr **Diederichs-Späh** bat darum, die Unterlagen, die er zum Thema „Feinstaubbindung durch Moosbildung“ der Verwaltung zur Verfügung gestellt hätte, an Herrn Kühnapfel und Herrn Behrens weiterzuleiten, da sie ihn in der letzten Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses diesbezüglich stark kritisiert hätten.

Herr **Liedtke** sagte eine Weiterleitung der Unterlagen zu.

4.2.6 Anpflanzung Weddinghofer Kirchweg

Herr **Wortmann** teilte mit, dass nördlich des Weddinghofer Kirchweges eine Anpflanzung vorgenommen worden sei. Er erkundigte sich, ob es sich um eine städtische Maßnahme oder um eine Maßnahme im Rahmen des Landschaftsplanes des Kreises Unna gehandelt hätte und ob in diesem Zusammenhang Grunderwerb bzw. Grunddienstbarkeiten getätigt worden seien. Durch die Wahl des Standortes der Anpflanzung könnten an der Nordseite des Ackers in einem Bereich von 20 m keine Ackerkulturen mehr angebaut werden. Sinnvollerweise hätte die Anpflanzung auf der gegenüberliegenden Seite erfolgen sollen.

Herr **Harrach** antwortete, dass es sich um eine städtische Maßnahme im Rahmen des ökologischen Ausgleiches der Pappelfällungen am Roggenkamp im Jahre 2014 gehandelt hätte. Für die Anlegung der ca. 8 m breiten Eichenallee sei ein Teilbereich des Grundstücks erworben worden. Der betroffene Landwirt hätte keine Bedenken geäußert, daher sei eine Verlegung des Standortes nicht diskutiert worden. Im Übrigen hätte der Landschaftsplan eine Baumallee am südlichen Teil des Weddinghofer Kirchweges ausgewiesen. Man hätte also nur die Straßenseite bei der Anpflanzung geändert.

4.2.7 Frischluftschneisen für die Sauerstoffversorgung der Innenstadt

Frau **Scharrenbach** stellte dar, dass die CDU-Fraktion seinerzeit im Planungs- und Umweltausschuss einen Antrag gestellt hätte, die aus den 80er-Jahren stammende Übersicht über die Frischluftschneisen der Kamener Innenstadt zu aktualisieren. Dieser Antrag sei seinerzeit abgelehnt worden.

Sie regte an, im Zuge der Lärmaktionsplanung und des Luftreinhalteplanes und für die sachkundigen Bürger und Mitglieder des Rates, die Übersicht über die Verteilung der Sauerstoffversorgung des Innenstadtbereiches zu aktualisieren.

Herr **Liedtke** erläuterte, dass es sich bei der von Frau Scharrenbach zitierten Übersicht um das Klima- und Lufthygienegutachten des Kreises Unna aus den Jahren 1984 oder 1986 handeln würde, das für das gesamte Stadtgebiet aufgestellt worden sei. Weiterhin habe sie die planungs- bzw. projektbezogene Untersuchung angesprochen, die mit der beabsichtigten Entwicklung im Bereich Hemsack in Zusammenhang gestanden hätte, abgeleitet von dem damaligen Lufthygienegutachten. Nach einer umfassenden Untersuchung durch ein Fachbüro sei festgestellt worden, dass keine negativen Auswirkungen für die Innenstadt bezüglich der Sauerstoffversorgung entstehen würden, wenn der bisherige Sportplatzbereich baulich genutzt werden würde. Er halte ein Klima- und Lufthygienegutachten für das gesamte Stadtgebiet zum jetzigen Zeitpunkt nicht für erforderlich. Planungs- und projektbezogene Untersuchungen seien sicherlich immer angezeigt.

Frau **Scharrenbach** ergänzte, dass sich die Fragestellung nicht nur auf das Planungsgebiet Hemsack bezogen hätte. Eine umfassende Untersuchung des Stadtgebietes würde sicherlich im Rahmen des kommunalen Klimaschutzkonzeptes Sinn machen. Sie regte an, dass Gutachten für den Bereich Hemsack den Parlamentariern zur Verfügung zu stellen.

Herr **Liedtke** erwiderte, dass das Gutachten zum Hemsack im Planungs- und Umweltausschuss präsentiert worden sei und diese Präsentation auch im Ratsinformationssystem hinterlegt worden sei.

4.2.8 Altlastensanierung des alten Beckens in Unna-Massen

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich nach den Maßnahmen und dem Zeitplan für die Altlastensanierung des alten Beckens in Unna-Massen.

Herr **Liedtke** teilte mit, dass diese Anfrage thematisch in den Betriebsausschuss gehören würde. Der Betriebsleiter würde in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses hierzu einen aktuellen Sachstand geben.

4.2.9 Birkenfällung am Feuerlöschteich in Kamen-Methler

Herr **Retzlaff** bat Herrn Harrach darum, sich die Situation vor Ort anzusehen. Die beiden gefällten Birken wären mit ihren Stämmen vollständig in den Teich gefallen und könnten dort nicht mehr entfernt werden.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzsausschusses ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Es wurden keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte zur Veröffentlichung freigegeben.

Herr Blaschke schloss die Sitzung um 19.55 Uhr.

gez. Thomas Blaschke
Vorsitzender

gez. Dr. Uwe Liedtke
Schriftführer